



Jochen Ott

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Jochen Ott MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf • <https://www.jochen-ott.de>

„Wir“ oder „Ich“?

Wie das Narrativ der Gemeinschaft verloren ging und wie wir es neu beleben können.

Düsseldorf, Januar 2020

Das neue Jahr ist schon bemerkenswert gestartet: Ein wahrscheinlich mit viel Rotwein getextetes Lied über die Oma im Hühnerstall sorgt für Hass und Gewalt, nachdem ein Ministerpräsident und ein Intendant den vermeintlich sozialen Medien eine überdimensionierte Bedeutung zu gewiesen haben. Endlich hatten die rechten Hetzer mal die Gelegenheit, wichtige Leute in ihre Diskurse gegen Klimaaktivisten und den öffentlichen Rundfunk einzubinden. In der Folge trieb es Menschen zu Demonstrationen auf die Straße für und gegen die Oma und rechte Typen in die Vorgärten von Journalisten¹. Aber das ist längst nicht alles in diesem noch jungen Jahr. Auf das Bürgerbüro des SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby wird geschossen. Ein Bürgermeister will sich nach massiven Drohungen von rechten Gruppen mit Waffen selbst verteidigen, weil die Polizei nicht präsent ist. Ein Bezirksvertreter in meinem Wahlkreis schießt nach einem Streit einem Jugendlichen von hinten in die Schulter. Alles, was uns im letzten Jahr wie ein unvorstellbares Wiederkehren aus längst vergangen geglaubten Zeiten beunruhigte, war innerhalb von wenigen Tagen noch präsenter wieder da.

Hass-Kommunikation in den sozialen Medien, Politiker-Bashing allerorten, aber auch gegenseitige Beschimpfungen und die Aberkennung mindestens der anderen Meinung, oft der Würde, scheint zu drohen. Die Situation ist so extrem geworden, dass ein Regierungspräsident für seine flüchtlingsfreundliche Haltung sogar ermordet wurde.

Ein grassierender Egoismus – Rettungswagen werden ausgebremst, Helfer angepöbelt und Feuerwehr und Polizei angegriffen – Respektlosigkeit, die gepaart mit den vielen teils rassistischen Narrativen von Teilen der Gesellschaft scheinbar akzeptiert werden, sie höhlen unsere Gesellschaft und unsere Demokratie aus. Viele Menschen fühlen sich jedoch auch durch die moralisierende Überheblichkeit des Gegenübers gedemütigt und bevormundet, wenn ihnen durch diesen vorgeworfen wird, nicht die – vermeintlich – korrekten Begrifflichkeiten zu verwenden und die „falschen“ inhaltlichen Positionen zu beziehen. Der Zusammenhalt, das „Wir“ funktioniert nicht mehr und wir sind nun auf der fieberhaften Suche nach einer neuen Orientierung, die uns Halt geben soll und uns einander wieder näher bringt.

¹ Der Autor des vorliegenden Textes spricht sich eindeutig für die Gleichberechtigung und angestrebte Gleichstellung aller Menschen aus. Im Text wird das generische Maskulin ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit verwendet.

Wir alle merken: hier stimmt was nicht. Aber wo kommt sie her – die Idee, dass fast jedes Mittel recht ist, wenn es darum geht, einen eigenen Vorteil zu sichern oder vermeintlich „eigene“ Ressourcen gegen fremde Ansprüche zu verteidigen?

Die Ursprünge des Rheinischen Kapitalismus

Wer auf diese Fragen mehr als schnelle Antworten sucht, muss rund 40 Jahre zurückschauen. Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre nämlich ging im Westen eine Ära zu Ende – die Ära des Sozialen, der Gemeinschaft und des „Wir“. Begonnen hatte sie wiederum rund drei Jahrzehnte zuvor, am Ende des Zweiten Weltkrieges. Unter dem noch frischen Eindruck der ungeheuerlichen Barbarei, die der Faschismus angerichtet hatte, gab es quer durch alle politischen Lager eine Überzeugung, die alle teilten: Nie wieder darf sich Ähnliches wiederholen. Und allgemeiner Konsens war auch die Einsicht: Hätte es die großen Wirtschaftskrisen der 1920er und 1930er Jahre nicht gegeben, die galoppierende Inflation und die Massenarbeitslosigkeit, hätte der Faschismus nicht so leichtes Spiel gehabt. Ausgerechnet in den USA hatte man das noch rechtzeitig verstanden. Präsident Roosevelt war es dort mit seinem „New Deal“ gelungen, die sozialen Folgen von Börsencrash und Konjunkturereinbruch einzugrenzen. Die Regulierung des Bankensystems und des Wertpapierhandels war dabei nur eine der zahlreichen Maßnahmen.

Nach dem Krieg wurde diese Politik, die sich an Theorien des Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes orientierte, auch in Europa zum Maß der Dinge. „Was alle angeht, können auch nur alle lösen“, sprich: Der Staat steht in der Verantwortung, wenn es darum geht, sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu organisieren. Auch in der Wirtschaft muss er eine aktive Rolle spielen und die Fliehkräfte des freien Marktes im Bedarfsfall bändigen. Nur so können die immer wiederkehrenden Abschwünge aufgefangen und die sozialen Folgen in Grenzen gehalten werden. In Deutschland entstand aus dieser Einsicht das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, der Versuch also, das „marktwirtschaftliche Organisationsgebilde mit sozialen und gesellschaftlichen Fortschritten vereinbar zu machen“, wie es der Ökonom Alfred Müller-Armack in den 1950er Jahren formulierte – ein europäischer „New Deal“, angelegt auf Dauer!

Damit war eine Variante dessen geboren, was viel später, erst 1992, von Wissenschaftlern als „Rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet wurde – eine Spielart des Kapitalismus, die anders als das libertäre angelsächsische Modell längst nicht alle Güter zum Gegenstand des freien Handels macht. Gesundheit etwa, Bildung und Recht, aber auch Wohnen, Mobilität und Arbeit sind in diesem Modell nicht den freien Marktkräften ausgesetzt. Für die Sphäre des „Wir“ gelten vielmehr Regulierungen, die dafür sorgen, dass die Gesellschaft als Ganzes in ihren Grundfesten nicht erschüttert wird. Steuern und Abgaben etwa stellen sicher, dass Einkommensunterschiede zwischen Unternehmern und Arbeitern zwar deutlich sind, aber nicht ausufern. Und auch wer wenig verdient, muss sich nicht um seine Gesundheit, sein Alter oder die Ausbildung seiner Kinder sorgen. Insgesamt geht auf diese Weise die Polarität der Gesellschaft zurück und anstelle der sonst im Kapitalismus bestimmenden Klassengegensätze entwickelt sich eine immer breitere Mittelschicht mit vergleichsweise homogenen Konsum- und Lebensgewohnheiten.

Der (neo-)liberale Kapitalismus und das Ende des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Bis Ende in die 1970er Jahre hinein hat dieses Modell funktioniert: Das marktwirtschaftliche Gewinnstreben der Einzelnen beförderte zugleich den Wohlstand der Allgemeinheit. Der sogenannte „Fahrstuhleffekt“ war intakt: Wenn es nach oben geht, fahren alle mit. Erst die Ölkrise brachte das System ins Stottern. Zunehmende Inflation trieb die Preise, was wiederum die Lohnforderungen steigen ließ, Arbeit verteuerte und die Wettbewerbsfähigkeit unter Druck setzte. Hinzu kamen Auswüchse im sozialwirtschaftlichen Sektor wie etwa der Skandal um die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“. Immer größer wurden die Zweifel daran, ob das System der Sozialen Marktwirtschaft noch zeitgemäß sei.

Wirtschaftswissenschaftler in den USA zweifelten daran schon lange. Die Exponenten der sogenannten „Chicago School“ hielten die Kräfte des Marktes gegenüber der Gestaltungskraft des Staates für prinzipiell überlegen und wollten nicht nur die genuin ökonomische Sphäre von staatlichen Einflüssen möglichst frei halten, sondern erklärten umgekehrt auch das Gemeinwohl zu einem Gegenstand des freien Marktes. Die Dynamik von Angebot und Nachfrage soll demnach so gut wie jeden Bereich des menschlichen Zusammenlebens regeln – und zwar zum Wohle aller.

Erstaunlicherweise fand diese Sichtweise sehr schnell auch bei Politikern großen Anklang. In den USA machte sich Ronald Reagan zu ihrem Fürsprecher, in Großbritannien erklärte Margaret Thatcher schließlich sogar: „There is no such thing like society. Only individuals.“

Und genau darin lag und liegt die große Attraktivität des Laissez fair-Kapitalismus: In der Ermächtigung des Einzelnen. Jeder ist seines Glückes Schmied lautet die Botschaft, jeder kann sein Leben nach eigenen Vorstellungen ausrichten, glücklich und erfolgreich werden – vorausgesetzt, dass er sich den Wettbewerbsbedingungen des Marktes gewachsen zeigt, fleißig ist, flexibel, lernfähig und durchsetzungsstark. Und wer würde all das nicht gerne von sich behaupten? Auch deshalb hatte der Neoliberalismus seit den frühen 1980er Jahren leichtes Spiel: Unter der Flagge des Individualismus schien für den Einzelnen mehr zu gewinnen zu sein als unter den Losungen von Solidarität.

Als dann am Ende des Jahrzehnts auch noch die Mauer fiel und der sozialistische Osten in sich zusammensank, schien das „Ende der Geschichte“ erreicht. Der liberale Kapitalismus hatte seine Überlegenheit unter Beweis gestellt und im Kampf der Systeme den Sieg davon getragen. Was jetzt noch – und sei es nur von Ferne – an vermeintlich „sozialistische“ Werte wie Gemeinschaft oder Zusammenhalt erinnerte, durfte sich kaum noch Chancen auf öffentliche Akzeptanz ausrechnen. Selbst die Sozialdemokratie meinte umsatteln zu müssen, wenn sie mit dem Zeitgeist gehen wollte. Toni Blair in Großbritannien und Gerhard Schröder in Deutschland sorgten mit ihren Agenden dafür, dass die Parteien des „Wir“ in Zeiten des „Ich“ den Anschluss nicht verloren. Mit dem Ziel, den Einzelnen möglichst zu fordern und zu fördern, wollte man die Menschen fit machen für das neoliberale System. Die politische Linke hat übrigens diese ökonomischen Herausforderungen bis heute schlichtweg unterbewertet und sich ausschließlich auf Identitätsfragen konzentriert.

Gefährliche Entwicklungen zu einem neuen, ab- und ausgrenzenden „Wir“

Allerdings: Ganz so reibungslos wie es damals für viele aussah, verlief die Revolution des Individualismus nicht. Die Gesetze des Wettbewerbs und des freien Marktes entpuppten sich als durchaus unbarmherzig – zumal sie durch Globalisierung und Digitalisierung noch weiter verschärft wurden. Sowohl international – im Wettbewerb der Staaten – als auch national – im Wettbewerb der Individuen – blieben und bleiben viele auf der Strecke. Zu viele. Dies produziert(e) das Gefühl, nicht nur abgehängt, sondern auch abgewertet zu werden. Und zwar genau von denjenigen, die aus verschiedenen Gründen, oft aus Zufall, zu den Gewinnern der Individualisierung und Globalisierung zählten. So viele blieben auf der Strecke, dass sich die Menge der zu kurz gekommenen und der Abgehängten (ob real oder befürchtet) gemeinsam mit den Verängstigten zu einer neuen Macht innerhalb der Staaten formierte – zu einer Macht, die ihre politische Heimat nun allerdings nicht mehr im linken politischen Spektrum, von dem sie sich enttäuscht abgewendet hat, sondern ihr Heil im Rechtspopulismus sucht.

Denn dort verspricht man ihnen mehr als die liberale Erzählung von den Selbstverwirklichungsmöglichkeiten des Individuums. Dort wird wieder ein „Wir“ angeboten, in dem die reale Erfahrung der eigenen „Marktuntauglichkeit“ und all die damit einhergehenden Kränkungen vermeintlich Linderung erfahren. Dort kann man (vermeintliche) Alternativen zu den demokratischen Repräsentanten finden, von welchen man sich abgewertet fühlt. Und wie schon einmal, in den 1920er und 1930er Jahren, ist es ein „Wir“, das sich vor allem durch Abgrenzung definiert: von den Fremden, den Flüchtlingen und eben vom Establishment der Gesellschaft, sprich: von den Gewinnern der Individualgesellschaft: „Nicht sie, sondern „wir“ sind das Volk und an unseren Bedürfnissen und Wünschen soll sich die Politik orientieren“.

Gleichzeitig liefert diese „völkische“ und teils rassistische Definition des „Wir“ eine „Vereinbarung“ persönlicher Lebensziele. Man weiß wieder, was „richtig“ und was „falsch“ ist, die zersplitterte, unübersichtliche Welt des gesteigerten Individualismus wird wieder verstehbar. Denn wo gerade noch jeder nach seiner Façon glücklich werden wollte, wo nicht mehr nur der Prolet aus dem Arbeiterstadtteil und die Göre aus dem Nachtclub, sondern plötzlich auch Banker und Grundschullehrerinnen ein Tattoo tragen, wo nicht mehr nur die Putzfrau nach Mallorca reist, sondern auch der erfolgreiche Manager dort eine Finca hat, da verspricht das „völkische Wir“ wieder Ordnung in die Dinge zu bringen – und damit ein Ende von Unsicherheits- und Ohnmachtsgefühlen gegenüber einer Welt, die außer Rand und Band zu sein scheint.

Hinzu kommt eine digitale Welt, in der das Internet als vermeintlicher Wahrheitsbringer verstanden wird, der die wahre Seite der Welt angeblich sichtbar macht. Dies vereinfacht die Verbreitung von Fakenews und Hass-Kommentaren, die nicht nur suggerieren, dass die Welt sich in einem desolaten Zustand befindet. Der Nutzer hat außerdem das Gefühl, dass diese Sichtweise von einem großen Teil der Gesellschaft genauso geteilt wird. Die gezielte Nutzung der Sozialen Medien und ein falsches Verständnis über Digitalisierung von Wissen sind somit wichtige Instrumente, um Abgrenzung und Empörung (künstlich) aufrecht zu halten. Somit löst die wachsende Informationsmenge gesellschaftlichen Zusammenhalt eher auf, als dass sie uns einander näher bringt und verfehlt damit die Hoffnung, die mit der Digitalisierung verbunden war.

Die Individualisierung von gesellschaftlichen Problemen: Beispiel Klimawandel

Interessanterweise gibt es neben dem völkischen Wir-Narrativ derzeit nur ein zweites, das eine ähnliche Funktion erfüllt: das Klima-Narrativ. Auch hier geht es darum, eine überkomplexe Wirklichkeit wieder handhabbar zu machen und dem verstörenden Individualismus zumindest enge Grenzen zu setzen. Definiert werden diese Grenzen von CO₂-Tonnen-Zielen und daraus abgeleiteten Gut- und Böse-Sortierungen. Was dem Klima nutzt, ist gut, was ihm schadet, ist böse und auch damit herrscht in gewisser Weise wieder Ordnung im Chaos.

Auch der emotionale Flirt mit einer ökologisch legitimierten Verbotspolitik dient diesem Ziel: Weil nicht sein soll, was nicht sein darf, soll das Böse kurzerhand verboten werden und zwar schnell und ohne Rücksicht auf die Nebenwirkungen. Die Überlebensfrage wird zum Totschlagargument. Gleichzeitig wird die Verantwortung – ganz in neoliberaler und individualistischer Tradition – beim Einzelnen abgeladen. Nach dem Motto: Wenn ganz viele Einzelne ihr Verhalten ändern, dann verschwindet auch das Problem – eigentlich nichts weiter als eine grüne Version der neoliberalen Marktideologie, wonach die Nachfrage das Angebot bestimmt.

Nur ist es leider äußerst selten so, dass Probleme dadurch aus der Welt geschafft werden, dass eine kritische Masse von Menschen innerhalb einer hinreichend kurzen Zeitspanne freiwillig das Richtige tut. Hätten wir früher schon darauf gewartet, wären nicht nur große Menschheitsthemen wie etwa die Sklaverei noch heute aktuell. Auch vermeintlich kleinere Fortschritte wie die Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten durch das Tragen von Sicherheitsgurten oder die Schließung des Ozonlochs durch das Verbot von FCKW-haltigen Kühl- und Treibmitteln wären wir mit Appellen an den Einzelnen kaum gelungen. Stattdessen haben sich demokratisch gewählte Parlamente dieser Dinge angenommen und sie auf dem Wege rechtsstaatlicher Gesetzgebungsverfahren aus der Welt geschafft. Mit anderen Worten: Das „Wir“ entscheidet, nicht der Einzelne.

Aber: Dieses „Wir“ entscheidet nicht diktatorisch und auch selten so schnell wie man sich das wünschen könnte. Es gibt nämlich Verfahren, die gut begründet sind und leider Zeit in Anspruch nehmen. Das demokratische „Wir“ kennt auch keine „absoluten“ Ziele, denen alles andere unterzuordnen wäre, sondern akzeptiert die Existenz einer Fülle von legitimen Interessen. Sie in angemessener Zeit zu einem lebensfähigen Ausgleich zu bringen, gehört zu den kraftraubenden, aber lohnenden Aufgaben in einer solchen Gemeinschaft. Mehr Gemeinwohl ist auch deshalb zwingend, weil die „not in my backyard“-Philosophie eine weitere Folge der Individualisierungsschübe ist. Wenn dem Klimawandel nicht mit der Verbotschwende begegnet werden soll, dürfen sinnvolle Straßenbahnen nicht daran scheitern, dass einzelne die Bahn nicht vor ihrer Tür fahren lassen wollen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte weisen also zwei wichtige Facetten auf: Erstens führte unter anderem die Fokussierung auf den Neoliberalismus dazu, dass Menschen individuell eine Mitverantwortung an Entwicklungen gegeben wird, für die sie möglicherweise gar nichts können. Durch die Übertragung einer Schuld auf Einzelpersonen wird ihnen zugleich die Last auferlegt, eine Lösung mitzutragen – wie zum Beispiel beim Klimawandel. Bei allem Wohlstand und den unbestreitbaren individuellen Möglichkeiten des einen Teils

der Gesellschaft spürt dieser, dass er hier an Grenzen kommt und verhält sich wie beim mittelalterlichen Ablasshandel. Währenddessen überlegt der andere Teil voller Sorge, wie er, der bisher auch nur so eben bis zum Monatsende kommt, demnächst die Familie durch den Monat bringen soll.

Zweitens haben sich Gesellschaften in diesem Zuge derart entwickelt, dass sich der Einzelne als Mittelpunkt des Universums sieht und somit Anspruch auf die alleinige Wahrheit für sich propagiert. Einerseits eine wunderbare Freiheit, das eigene Leben zu performen und sich das Beste aus allen Angeboten zu kombinieren. Alles ist möglich. Andererseits steht das „Ich“ so im Vordergrund, das andere Meinungen und Wahrnehmungen als „das Böse“ und als Angriff auf die eigene Person gewertet werden, welchem man sich mit aller Härte entgegen stellen muss. Dabei geht es oft überhaupt nicht mehr um einen Inhalt, sondern um die Aufregung an sich – Beispiel Umweltsau.

Bildung als Klebstoff der Gesellschaft

Wir funktionieren also als Gesellschaft nicht mehr und sind nun auf der fieberhaften Suche nach einer neuen Orientierung, die uns Halt geben soll und uns einander wieder näher bringt. Aber wie kann ein solches anspruchsvolles „Wir“ zu Strahlkraft und Attraktivität gelangen, wenn es weder auf Ausgrenzung noch auf Verabsolutierung setzt? Welches Thema begeistert die Menschen für ein humanes „Wir“? Welche politische Aufgabe stellt sich jenseits der Klima- und Migrationsdiskussionen, die nicht ohne Gemein Sinn zu lösen ist und die zugleich auf existentielle Weise mit den Bedürfnissen des Einzelnen verbunden ist? Die Antwort heißt: Gutes Leben durch gute Bildung. Oder: Aus jedem Leben das Beste machen.

Sie betrifft den Einzelnen und alle zugleich. Denn ob 1950 oder 2020 – eines wollen Eltern überall auf der Welt und zu jeder Zeit: dass es ihren Kindern einmal gut geht, besser womöglich als ihnen selbst und dass ihnen dafür alle nur denkbaren Chancen geboten werden. Die Interessen vieler einzelner Personen, von Eltern, ist somit ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Denn: Nur wo Wissen auf breiter Front gedeiht, entwickelt sich eine moderne und wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit guten Aussichten auf nachhaltigen Wohlstand. Und nur wo Wissen gedeiht, können auf Dauer auch jene Lösungen entwickelt werden, die wir brauchen, um das Leben auf unserem Planeten für weitere Generationen zu garantieren. Da, wo Anstrengung und Leistungsbereitschaft und entsprechende Förderung miteinander einhergehen, da wird Aufbruch spürbar.

Immer und überall war Bildung die Voraussetzung für alles Weitere. Vor allem aber war und ist sie die Voraussetzung für dauerhaften sozialen Frieden: Nur eine Gesellschaft, die all ihren Mitgliedern Chancengerechtigkeit bietet, wird auf Dauer Bestand haben und in der Lage sein, notwendige Innovation hervorzubringen um Probleme zu lösen.

Es geht um elementare Grundsätze der Gerechtigkeit und das Versprechen sozialer Aufstiegs-möglichkeiten für alle – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Es geht aber auch schlicht um den bestmöglichen Weg zu Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Unter den Bedingungen der Globalisierung kann es sich ein Land wie Deutschland gar nicht leisten, irgendein Talent

ungenutzt zu lassen. Mit sogenannten Leistungseliten allein werden wir die Herausforderungen nicht meistern. Stattdessen müssen wirklich alle (zusammen) ihr Bestes geben können – damit es uns allen gut geht.

Um dies zu erreichen müssen wir übrigens auch die Digitalisierung und die Sozialen Medien wieder als Chance begreifen, welche eine Gesellschaft nicht nur spaltet sondern stattdessen wieder näher zusammen bringen kann. Nicht umsonst gibt es immer mehr Websites, die sich auf positive Entwicklungen und Beispiele spezialisiert haben und zeigen: Überall gibt es Menschen, die zusammen halten und gemeinsam Großes bewirken. Sie verdeutlichen, dass ein „Wir“ sich nicht über Abgrenzung und Hass definieren muss.

Die Sozialdemokratie wird mehr gebraucht denn je, um diesem „Wir“ mehr Stärke zu geben. Das „Wir“, die Gesellschaft also, wieder zu stärken und Thatcher und Konsorten endlich zu überwinden, darauf kommt es jetzt an. Das muss übrigens auch Auswirkungen auf den innerparteilichen Diskurs in der SPD haben.

Wer gegen Ende seines Lebens wichtige Ziele erreicht und vielleicht sogar für die Gesellschaft Großes geleistet hat, der weiß, wenn er oder sie zurückschaut: Vieles auf diesem langen Weg, was geglückt ist, darf ich mir selbst zugutehalten – meiner Leistung, meinem Fleiß, meinem Durchhaltevermögen. Dabei konnte ich mich aber darauf verlassen, dass andere mich auf meinem Weg begleiten und unterstützen - wo nötig auch halten und wieder auf Spur bringen - und meinem Lebensweg Respekt zollen. Daran sieht man: Vieles war nur möglich, weil es ein „Wir“ gab, das die Bedingungen für ein glückliches Ich geschaffen hat. Und diese Art von „Wir“ ist jeden Einsatz wert!

Literaturhinweise und -empfehlungen:

Bösch, Frank (2019): Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann. C.H.Beck Verlag München.

Charim, Isolde (2018): Ich und die Anderen. Paul Zsolnay Verlag Wien.

Fricke, Thomas (2019): Alte Dogmen abschalten und die Klimakrise lösen. Online abrufbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimapolitik-alte-dogmen-abschalten-und-die-klimakrise-loesen-a-1292092.html#ref=nl-dertag>

Herrmann, Ulrike (2019): Das Wachstums-Paradox. Das Klima retten bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum: Kann das gehen? Und woher soll das Wachstum kommen? In: taz am Wochenende 23./24.11.2019, S.11.

Markwardt, Nils (2019): Wer spaltet hier. In: Der Freitag. Online abrufbar unter: <https://www.freitag.de/autoren/nils-markwardt/wer-spaltet-hier>.

Merkel, Wolfgang (2019): „Linksliberale Hegemonie und Hybris.“ Wolfgang Merkel im Gespräch über die Mitte, die Moral und die Grenzen der Meinungsfreiheit. Interview vom 05.11.2019. In: IPG 05.11.2019. Online abrufbar unter <https://www.ipg-journal.de/inter-views/artikel/linksliberale-hegemonie-und-hybris-3854/>.

Meurer, Franz / Ott, Jochen / Sprong, Peter (2014): Rheinischer Kapitalismus. Eine Streitschrift für mehr Gerechtigkeit. Greven Verlag Köln.

Misik, Robert (2019): Die falschen Freunde der einfachen Leute. Suhrkamp Verlag Berlin.

Ott, Jochen (2019): Mehr Politik wagen! Wie wir die Demokratie vor dem Kapitalismus retten. Greven Verlag Köln.

Prof. Dr. Reckwitz, Andreas (2019): Die Gesellschaft der Singularitäten. Suhrkamp Verlag Berlin.

Spiegel Online (2019): Princeton-Professor über Trump und die Liberalismus-krise. „Spaltung ist das Geschäftsmodell der Rechten“. Interview mit Müller, Jan-Werner vom 15.11.2019. Online abrufbar unter <https://www.spiegel.de/kultur/krise-des-liberalismus-spaltung-ist-das-geschaeftsmodell-der-rechten-a-00000000-0002-0001-0000-000166979825>.

Von Storch, Hans (2019): „Verzicht wird das Klima nicht retten.“ Interview vom 27.11.2019. Online abrufbar unter <https://www.addendum.org/klima/interview-hans-von-storch/>.

Streeck, Wolfgang (2013): gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp Verlag Berlin.

Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2019, S.93-105. Online abrufbar unter <https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/juni/der-alltaegliche-kommunismus>.

Taz (2020): Linksliberale und Identitätspolitik. „Wir verkämpfen uns an falschen Fronten“. Streitgespräch zwischen Naika Foroutan und Wolfgang Merkel. Online abrufbar unter <https://taz.de/Linksliberale-und-Identitaetspolitik/!5652406/>.